

Bürgerbeteiligung dringend angemahnt

SPD, FDP und Grüne in Hövelhof informieren Bürgerschaft

Die Ortsvereine von SPD, FDP und B90/Grüne in Hövelhof haben im Saal Förster 40 Bürgerinnen und Bürger der Senne Gemeinde über die alternativen Schulformen in Hövelhof informiert. Die Veranstaltung ist die Antwort dieser drei Parteien auf die Ablehnung der CDU zu einem Antrag, der diese Information seitens der Verwaltung gefordert hat.

Die Bürgerschaft wurde zuerst durch den Gemeinderat Rudi Lindemann mit Unterstützung durch die Direktorin der Realschule, Frau Dallmeyer, über den aktuellen Stand in Hövelhof informiert. Hierbei wurde auch auf die besonderen Stärken der lokalen Hauptschule intensiv eingegangen.

Anschließend begrüßte Moderator Mario Schäfer (SPD) Herrn Kerski von der Gemeinnützigen Gesellschaft für Gesamtschulen der selbst früher eine Gesamtschule geleitet hat. Herr Kerski stellte die integrierten Schulformen vor. Gesamt- und Sekundarschule sowie die entsprechenden Unterschiede zum dreigliedrigen Schulsystem.

Mario Schäfer wies anschließend darauf hin, dass alle Anwesenden die Vor- und Nachteile einer Halbtagschule aus eigener Erfahrung kennen, daher folgte jetzt die Darstellung einer Ganztagschule aus Sicht der Eltern. Dafür begrüßte er Frau Palmen und Herrn Michel vom Landeselternrat der Gesamtschulen NRW. Die beiden Eltern von aktuellen Gesamtschülern gingen ausführlich auf den Lebensablauf einer Familie mit Kindern auf einer Ganztagschule ein. Dabei besonders auch im Blick die Frage der Hausaufgaben und des Mittagessens in der Schule.

Nach den Referaten eröffnete Mario Schäfer die Diskussion. Er verwies darauf, dass es an diesem Abend darum ginge neutral den Sachstand zu vermitteln und ein Stimmungsbild der Eltern mit zu nehmen. Es stellte sich aber schnell heraus, dass dieses Thema dermaßen emotional besetzt ist, dass eine Konzentration auf Sachthemen nahezu unmöglich war. Die Diskussion wurde von 6 Anwesenden beherrscht, das Bild während der Diskussion ging eher in Richtung „Beibehaltung des Bewährten“. Umso mehr zeigte sich an der Stelle, wie wichtig eine Bürgerbeteiligung durch die Gemeinde ist, denn die mehr als 20 nicht politischen Elternteile die sich nicht an der Diskussion beteiligten, zeichneten bei der abschließenden Stimmabgabe ein ganz anderes Bild.

Spontanen Applaus gab es zu dem Kommentar: „Verdammt noch mal, warum sitzen wir hier mit 40 Leuten wenn die Verwaltung die Eltern von 1000 Kindern befragen müsste!“. Bei der Gelegenheit wurde seitens des Veranstalters noch einmal vermittelt, dass genau das seitens der Opposition beantragt war, die CDU Mehrheit dies abgelehnt hat und die hier laufende Veranstaltung die Konsequenz daraus sei.

Nach insgesamt drei Stunden, in dessen Verlauf einige Eltern bereits wieder gehen mussten, haben die Anwesenden abschließend zu 8 Fragen in einer Punktabfrage Stellung bezogen. Das eindeutigste Ergebnis dabei war: Alle wollen eine erhöhte Bürgerbeteiligung und sehen weiteren Diskussionsbedarf.

Fazit der Veranstalter: „Das heutige Ergebnis kann nur ein Stimmungsbild sein und keine repräsentative Umfrage. Aber es zeigt deutlich den Willen der Bürgerschaft eine Schuldiskussion zu

führen. Mit der Verwaltung, mit der Politik. Und daran werden wir weiter arbeiten und nicht zulassen, dass das Thema tot geschwiegen wird.“



v.l.n.r. Rudi Lindemann (FDP), Anja Podtschaske (Grüne), Bernhard Michel und Frau Palmen vom Landeselternrat, Werner Kerski (GGG) und Mario Schäfer (SPD)